

Umbau der deutschen Bundeswehr : voll präsenre Krisenreaktionskräfte

Autor(en): **Krüger, Alfred W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für
Armee und Kader mit MFD-Zeitung**

Band (Jahr): **68 (1993)**

Heft 3

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-713800>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Umbau der deutschen Bundeswehr – voll präsente Krisenreaktionskräfte

Von Alfred W Krüger, Bonn

Die bis Ende 1994 auf 370 000 Mann reduzierte deutsche Bundeswehr wird im wesentlichen aus einem kleineren Kern von hochmobilen, leichten und voll präsenten Einheiten der Krisenreaktionskräfte und aus einem grösseren Gerippe von mobilmachungsabhängigen Hauptverteidigungs Kräften bestehen. Das neue, von Verteidigungsminister Volker Rühle der Öffentlichkeit am 15. Dezember 1992 vorgestellte Konzept trägt der elementar veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa und der Welt Rechnung, setzt unter Zuordnung der Mittel Schwerpunkte für neue Aufgaben der Bundeswehr und priorisiert den Einheitsprozess Deutschlands unter Einbettung in die vitalen sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik und die bündnisgemeinsame, erweiterte Landesverteidigung. Die Neugestaltung der Bundeswehr bis zum Jahr 2006 führt trotz aller Einsparungen zu teilweise modernster Ausrüstung.

Neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen

Mit der Verbesserung der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands nach dem Ende der militärisch dominierten Konfrontation in Mitteleuropa bestehen Chancen für neue Wege in der Gestaltung tragfähiger kontinentaler Sicherheitsstrukturen. Der Zerfall zuvor festgefügtter Strukturen im Osten und besorgniserregende Entwicklungen jenseits unserer Grenzen schufen neue Risiken und Herausforderungen für Deutschland und Europa. Die Indifferenz und Unberechenbarkeit von Chancen und Risiken bestimmt die künftige Sicherheitsvorsorge. In diesem Rahmen muss sich Deutschland und seine Verbündeten und Partner in der Völkergemeinschaft grösseren Aufgaben stellen. Als eine neue Aufgabe von hohem Rang wird dabei die Reaktion auf Krisen eingestuft. Die NATO hat dafür das System der Krisenreaktionskräfte (KRK) geschaffen, das zum Teil auf den bisherigen Strukturen aufbaut.

Neuer Auftrag für die Bundeswehr

Der Auftrag der Bundeswehr muss sich der neuen sicherheitspolitischen Lage anpassen. Er ist in den **Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 26.11.92** festgelegt und reflektiert die veränderte Rolle und Verantwortung der Bundesrepublik in der Welt. Die Bundeswehr

- schützt Deutschland und seine Staatsbürger gegen politische Erpressung und äussere Gefahr,
- fördert die militärische Stabilität und Integration Europas
- verteidigt Deutschland und seine Verbündeten,
- dient dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen,
- hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen

Hauptaufgabe der Bundeswehr bleibt die bündnisgemeinsame Verteidigung. Sie be-

deutet für Deutschland zugleich Schutz und wirksame Unterstützung für und durch unsere Bündnispartner, erforderlichenfalls im Rahmen erweiterter Landesverteidigung. Aus grösseren Verpflichtungen in der Völkergemeinschaft erwachsen daraus neue vielfältige Aufgaben zum Schutz des Friedens und Hilfe in Not. Darauf wird die Bundeswehr als Instrument des Staates vorbereitet. Nach Vorliegen der grundgesetzlichen Voraussetzungen gehört dazu auch die Beteiligung an internationalen Einsätzen der Völkergemeinschaft, wenn das Bündnis, die WEU, KSZE oder die UNO dazu aufrufen.

Konzeptionelle Neuausrichtung der Streitkräfte

Der künftige Auftrag der Bundeswehr bildet die Leitlinie für die Neuausrichtung des Gesamtsystems Bundeswehr.

● **Hauptverteidigungs Kräfte** bilden die Masse unserer Streitkräfte, sie sind als Mobilmachungskräfte zur bündnisgemeinsamen Landesverteidigung ausgelegt. Auf die Zusammenlegung der Korps- und Territorialkommandos, die Aufgaben der letzteren gehen auf ein neues Bundeswehrführungskommando (BwFüKdo) über.

● **Krisenreaktionskräfte** als deutscher Beitrag zu den Krisenreaktionskräften des Bündnisses kommen aus den präsenten und rasch einsatzbereiten Truppenteilen. Sie stehen ab 1995 im nachstehend beschriebenen Umfang als *«Kräfte der ersten Stunde»* sowohl zum Schutz Deutschlands als auch seiner Verbündeten bereit. Sie sind das Instrument politischen Krisenmanagements und zugleich Schildkräfte für den Aufwuchs unserer Hauptverteidigungs Kräfte, wenn für die Verteidigung Deutschlands mobil gemacht werden müsste.

● Die organisatorisch gestraffte Wehrverwaltung stellt die administrative Unterstützung der Streitkräfte sicher.

Krisenreaktionskräfte (KRK)

In der Bundeswehr wurden dazu folgende Truppenteile bestimmt:

Im **Heer**:

● Für die **AMF** (Allied Mobile Forces) Teile der Luftlandebrigade (LL Brig) 26 in Saarlouis mit Brigadeeinheiten.

● Für die **MND** (Multinationale Division) die Luftlandebrigade (LL Brig) 31 in Oldenburg i O mit Teilen von Divisionskommando und -truppen.

● Für das **ARRC** (Allied Rapid Reaction Corps) die 7. Panzerdivision (PzDiv) mit den Brigaden (Brig) 9 in Münster und 21 in Augustdorf.

● Für das **EuroKorps** (dt/frz) in Strassburg die 10. Panzerdivision (PzDiv) in Sigmaringen mit der aktiven Brigade (a Brig) 12 in Amberg, der teilaktiven Brigade (taBrig) 30 in Ellwangen und der Deutsch-Französischen Brigade in Mülhausen.

● Für **leichte, luftbewegliche Kräfte** die Gebirgsjägerbrigade (GebJgBrig) 23 in Bad Reichenhall und die Luftlandebrigade (LLBrig)

MULTINATIONALE GROSSVERBÄNDE

Am 1.10.92 nahm der Vorbereitungsstab des **deutsch-französischen Korps** (HQ Strassburg) seine durch den DPC (Defence Planning Comitee) vorbereitete Arbeit auf. Das Korps soll schliesslich 35 000 bis 50 000 Mann umfassen, seinen Kern bildet die bereits seit Jahren bestehende D/F-Brigade, die ihren Kommandositz von Böblingen nach Mülhausen verlegte. Es soll im Verteidigungsfall nach Artikel 5 des Atlantikpaktvertrages dem NATO-Oberkommando unterstellt werden. Damit dürfte zur Wiederannäherung Frankreichs an eine volle NATO-Integration ein erster Schritt getan worden sein, wenngleich dagegen in Paris noch grössere Widerstände bestehen. Das am 3.10.92 initiierte erste NATO-ARRC (Allied Rapid Reaction Corps) mit dem HQ in Bielefeld soll bis 1995 100 000 Mann umfassen, davon 45 000 Angehörige der Bundeswehr.

Ein **gemischtes deutsch-niederländisches Korps** (HQ Münster/Westf.) mit einer Endstärke von 40 000 Mann und einem 2/3-Anteil der Bundeswehr soll zwischen dem niederländischen Verteidigungsminister Relus ter Beek und seinem deutschen Kollegen Volker Rühle Mitte November 1992 in Den Haag ausgehandelt worden sein. Es soll ein weiterer Schritt in Richtung auf eine europäische Armee als Teil der NATO mit der Öffnung für eine britische Beteiligung sein und wechselseitig rotierend von einem niederländischen und deutschen General befehligt werden. Auch die maritime Zusammenarbeit beider Marinen soll verstärkt werden. Im Rahmen dieser Planungen ist eine völlige Neustrukturierung der niederländischen 150 000-Mann-Streitkräfte, die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umwandlung in eine Berufs- und Freiwilligenarmee bis 1998 vorgesehen.

25 in Calw. Mit präsenten, einsatzbereiten Truppenteilen in Stärke von zwei Bataillonen (Btl) der Gebirgsjägerbrigade (GebJgBrig) 23 in Bad Reichenhall und der Luftlandebrigade (LLBrig) 25 in Calw wird planerisch Vorsorge für künftige deutsche Beiträge zu Einsätzen der UNO ab 01.10.1993 getroffen. Weitere Truppenteile für Logistik, Sanitätsdienst usw werden noch festgelegt.

Für die Aufstellung von **Krisenreaktionsverbänden** wird der Schwerpunkt der Heeresausrüstung aufgrund veränderter Aufgabenstellung und Anforderungsprofile von bisher mechanisierten zu leichten, mobilen Verbänden verlagert. Hierauf nimmt die künftige Materialplanung Rücksicht (bei der in den nächsten zwölf Jahren 24 Milliarden DM [=21%] eingespart werden sollen, wobei ein



Landesverteidigung bleibt der politische Legitimationsrahmen für die Streitkräfte und die allgemeine Wehrpflicht – Verteidigungsminister Volker Rühle im Gespräch mit Soldaten in Beelitz.

Bild aus *Truppenpraxis* Nr 1/93

Haushaltsplafond des Einzelplans 14 [EPI] Verteidigung im Bundeshaushalt ab 1966 auf 48 Mrd DM schrumpfen wird, 1992 noch 50,8 Mrd DM). Die Ausrüstung der Soldaten, die künftig Seite an Seite mit Kameraden aus Frankreich, England, Italien, Holland oder aus Übersee im internationalen Verbund eingesetzt werden, muss dem neuen Aufgabenprofil und qualitativ dem internationalen Standard entsprechen.

Zur **Neuausrüstung** gehören ua

- ein neuer Aramid-Leichtgefechtshelm,
- Fleckentarnbekleidung/Kampfanzug aus modernem Material (Gore-tex) im Zuge des neuen Bekleidungssystems '90, neue Feldmütze statt Schiffchen, Kampfrucksack, Kampfjacke, gefütterte Unterjacke
- verbesserte Schutzwesten,
- moderne Handfeuerwaffen (Gewehr/MG, Ersatz G3/MG 3 Kal. 5,56 mm (vermutlich das bei der D/F Brig bereits eingeführte französische FAMAS 5,56) und die
- Erneuerung sonstiger, nicht mehr zeitgemässer Ausrüstung und Bekleidung, vorrangig für KRK, für Hauptverteidigungskräfte nicht vor 2000.

Auch das **Grossgerät und die Materialausrüstung** der Krisenreaktionsverbände muss hoher Mobilität und differenzierten Aufgaben- und Einsatzspektrern entsprechen. Dazu gehört die Einplanung eines

- neuen gepanzerten Transportfahrzeugs GTK-M113-Nachfolger,
 - hochmobilen leichten Spähfahrzeugs ZOBEL (266 Stück ab 1996),
 - einer Sanitätskabine,
 - weiterer Spezialausrüstung (zB Fernmeldegerät).
- Ihr beweglicher Einsatz und die Unterstützung dabei wird durch neu entwickelte Hub-

schauber verbessert, ua durch breiter gefährdete Auslegung auf Unterstützungsaufgaben des deutsch-französischen, bisher auf die Panzerabwehrrolle festgelegten 138 (geplanten) PAH-2 «Tiger» (HAP «Tigre»), der offenbar den Namen «Uhu» erhalten und mit dem leichten Heeres-FlaSystem STINGER ausgerüstet werden soll. Die schweren Krisenreaktionskräfte des Heeres erhalten 255 in Schutz und Feuerleitung kampfwertgesteigerte Kampfpanzer «Leopard 2», die artille-ristische Unterstützung wird durch eine begrenzte Zahl neuer Panzerhaubitzen (185 PzH 2000, 1994–2004) verbessert. Neue Gefechtsübungs- und Zentren sollen eingerichtet werden.

Bei der Luftwaffe gehören zu den Krisenreaktionskräften

- Je eine Staffel der Jagdgeschwader (JG) 71 «Richthofen» in Wittmund und 74 «Mölders» in Neuburg/Donau.
- Jeweils drei FlaRak-Staffeln (FlaRakStff) Patriot des FlaRak-Geschwaders (FlaRakG) 1 in Heide/Husum, zwei FlaRakStff HAWK und eine FlaRakStff Roland 2/RadLw des FlaRakG 3 in Oldenburg iO
- vier Aufklärungs- und Jagdbomberstaffeln (Aufkl./JaboStff)
- eine Halbstaffel der Aufklärungsstaffel «S» sowie
- ein Luftbetankungselement Boeing B-707-320 C/T.

Für den Einsatz im Bereich Europa Mitte werden Kräfte in etwa gleichem Umfang bereitgestellt. Weitere Kräfte werden schrittweise gesondert festgelegt.

In der materiellen Neuausrüstung der Luftwaffe liegt der Schwerpunkt im Rahmen der Aufgaben und Rollen in den bündnisgemein-

samen Krisenreaktionskräften auf den Gebieten Luftverteidigung und Lufttransport. Dabei kommt nach der Jahrtausendwende dem neuen Eurofighter 2000 sowie dem TLVS (Taktisches Luftverteidigungssystem) als HAWK-Nachfolger hohe Bedeutung zu. Die Mittel für das neue Jagdflugzeug werden um zwei Jahre bis 2001 gestreckt, 1993 DM 300 Mio weniger ausgegeben. Der Systempreis des Eurofighter 2000 «Taifun» genannt, soll um 30% niedriger liegen als ursprünglich geplant. Über seinen stark «gestripen» Kampfwert verlautete in diesem Zusammenhang jedoch nichts.

Bei der Marine zählen zu den Krisenreaktionskräften:

An SACEUR (Supreme Allied Commander Europe), SACLANT (Supreme Allied Commander Atlantic) und multinationalen Marineverbänden (Multinational Maritime Forces) sind ua beteiligt:

- 6 Fregatten/Zerstörer
- 15 Minenabwehrseefahrzeuge
- 13 Schnellboote
- 8 Uboote
- ein Tanker/Versorger
- 6 Ujagdflugzeuge (Br 1150 Atlantic)
- eine Staffel Marinejagdbomber (Tornado).

Insgesamt stellt die Marine dafür rund 40% ihrer Kräfte zur Verfügung. Nach gleichem Prioritätskonzept gewährleisten die Schwerpunktvorhaben Fregatte 124, Uboot-Klasse 212, mehrere hochseefähige Korvetten, einige Einsatzgruppenversorger und Bordhubschrauber Westland SeaLynx Mk 88 die Einsatzfähigkeit der Marine im Rahmen künftig verstärkter Aufgaben im Verbund der Krisenreaktionskräfte des Bündnisses.

Verzichte, Strukturen und Stationierung

Die derzeitige moderne Ausrüstung der Hauptverteidigungskräfte wird, so das BMVg, noch bis zum Jahr 2000 aufgabengerecht sein. Der Beschaffungsumfang wird durch diese Schwerpunktsetzung im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abgesenkt. Das Planungsvolumen für Material wird im Bundeswehrplan 1994 um 24 Mrd DM Plankosten, dh um 21% unter dem bisherigen Planungsansatz liegen. Vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen wird die technische Auslegung von Waffen und Gerät geändert und/oder auf Vorha-

Zur Diskussion gestellt

WEHRPFLICHT NOCH ZEITGEMÄSS?

Über das Für und Wider der Wehrpflicht in Deutschland wird zunehmend heftiger gestritten. Ist sie noch zeitgemäss? Eine Reihe von Argumenten spricht für sie, andere, gleichfalls stichhaltige, gegen sie. Mit der Aufgabe der Wehrpflicht würde nach Meinung ihrer Befürworter eine Schwächung der Abwehrbereitschaft im Volke gegen mögliche äussere Gefahren einhergehen. Schliesslich gar befürchten die Befürworter, mit dem Verschwinden der Wehrpflicht würde die Verankerung der Streitkräfte in der Bevölkerung schwächer, mit dem Ergebnis, dass die politische Kontrolle über sie nicht mehr in dem für unser Demokratieverständnis erforderlichen Masse gegeben wäre.

Aus «loyal» 12/92

ben verzichtet, die, unter Bedingungen früherer Konfrontation konzipiert, künftigen Einsatzspektralen nicht mehr entsprechen. Verzichtet wird ua auf die Beschaffung des SPz Marder 2, das 2. Baulos des BergePz 3, die Submunition des RakWfr zur Panzerabwehr, den Bo-105BHS Begleitschutzhubschrauber, das 2. Baulos des KZO Kleinfluggerät Zielortung sowie die Kampfwertsteigerung des FlaPz 1 «Gepard» und FlaRakPz 1 «Roland». Die Auslegung anderer Vorhaben, wie zB des PAH-2 Tiger, wird auf Kampfunterstützungsaufgaben ausgerichtet.

Die Anpassung der Hauptverteidigungs- und Aufbau der Krisenreaktionskräfte führen zur Änderung bisheriger Strukturen. Verändern wird sich der zunächst mit der Heeresstruktur 5 geplante hohe Kaderungsgrad bei Logistik und Sanitätsdienst zugunsten höherer Präsenz und Einsatzbereitschaft.

- Der Divisionsstab 11. Panzergrenadierdivision (PzGrenDiv) in Oldenburg iO sowie die PzGrenBrig 16 in Wentorf und 24 in Landshut werden aufgelöst, bei der Luftwaffe ein Divisionsstab in Münster.

- Deutliche Reduzierungen wird es bei der Neuordnung der territorialen Aufgaben, im Führungsaufwand der Streitkräfte, den Strukturen der Territorial-/Korpskommandos (TKK) und den Verteidigungskreiskommandos (VKK) geben. In bisherige Stationierungsentscheidungen muss danach eingegriffen werden.

- Der Aufbau in den neuen Bundesländern behält in der minderen Finanzerwartung des Einzelplans 14 (EP, Verteidigung) des Bundeshaushalts Vorrang. Mit der Konzentration künftiger begrenzter Mittel wird auch die Stationierungsstruktur mit neuen Zeitplänen und Abstrichen bei Infrastrukturmassnahmen betroffen sein, angesichts der grossen Zahl betroffener Soldaten jedoch minimiert. Die Senkung der Betriebskosten ist vordringliches Ziel, Rationalisierungsgewinne von 500 Mio DM werden erwartet. Einzelheiten über Stationierungsänderungen werden den Bundesländern mitgeteilt, sie haben bis Mitte Februar 1993 Zeit zur Stellungnahme, danach wird endgültig entschieden. Die genannten Änderungen führen zu Kürzungen der bisherigen Stationierungsplanung (Grünes Buch). Die davon betroffenen, inzwischen unterrichteten Bundesländer haben bis Februar 1993 Einspruchsfrist, endgültige Entscheidungen danach.

Personal

Die Personalplanung bewegt sich im Rahmen des Obergrenzen-Strukturmodells von 370 000 Mann (bis 31.12.1994) und führt zur Reduzierung der Präsenzstärke der Bundeswehr um rund ein Drittel. Eine in sich ausgewogene innere Personalstruktur wird erst nach dem Jahr 2000 möglich werden. Die älteren Unausgewogenheiten müssen sozialverträglich, dh langfristig, abgebaut werden. Mittel für die Attraktivitätsförderung, soziale Belange und die Reservistenkonzeption der Streitkräfte sind trotz finanzieller Enge sichergestellt.

Betrieb

Hauptproblem der Bundeswehrplanung sind die Betriebskosten, ihr Anteil von etwa 75% ist auf Dauer unakzeptabel. Über die Verringerung des Materialumfangs oder veränderte

Gerätzunutzungsprofile müssen Einsparungen erzielt werden, Aufgaben gestrafft und zusammengefasst werden. Das erwirtschaftete Einsparvolumen ist für Investitionen in neue Aufgaben vorgesehen. Unabweisbare internationale Verpflichtungen der Bundeswehr bringen zusätzliche finanzielle Belastungen, diese Aktivitäten können künftig nicht mehr vom Verteidigungshaushalt getragen werden.

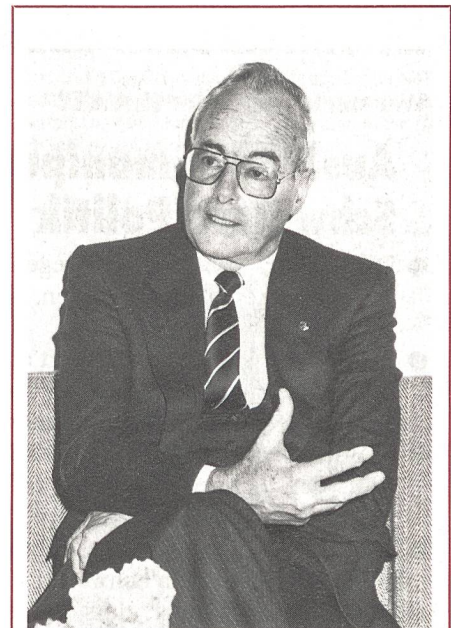
Infrastruktur

Der Schwerpunkt liegt in den neuen Bundesländern. Der reale Bedarf dort ist in den kommenden 12 Jahren nicht vollständig zu decken. Hiefür muss Verständnis erwartet und geweckt werden, da der Westen für den Aufbau Ost reale Opfer gebracht hat und bringt.

Ausblick

Die jetzige Planung ist ein entscheidender Meilenstein in der Entwicklung der Bundeswehr. 40 Jahre unmittelbarer Bedrohung sind vorbei. Es gilt, die deutschen Streitkräfte auf neue künftige Aufgaben für die Sicherheit der Bundesrepublik, für das Bündnis, für Europa und die Völkergemeinschaft auszurichten. Dazu ist eine leistungsfähige, dem neu begründeten künftigen Bedarf angepasste wehrtechnische Industrie erforderlich. In einem zusammenwachsenden Europa und angesichts allseitiger Finanzbegrenzungen

sind arbeitsteilige Umorientierungen notwendig. Die wehrtechnisch-industriellen nationalen Fähigkeiten müssen mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Rüstungsbasis gebündelt werden. Es muss quantitativ wie qualitativ umgesteuert werden. Vorrangig dabei werden technische Lösungen mit flexiblem Anpassungs- und Entwicklungspotential sein. Das Ausrüstungsspektrum wird nicht schmaler, sondern breiter. Dieses Planungsbild wird den deutschen vitalen Sicherheitsinteressen gerecht, liegt auf der Linie der neuen strategischen Allianzkonzeption und einer neu zu entwickelnden europäischen Sicherheitsidentität, es gewährleistet die Bündnisfähigkeit und schafft Voraussetzungen, der gewachsenen internationalen Verantwortung in der Völkergemeinschaft gerecht zu werden. ■



Häslers Schlusswort

(27.12. TV «Sonntagsinterview» 12.30)

Korpskommandant Heinz Häslers verliess Ende 1992 seinen Posten als Generalstabschef. Trotz vorhandener Angebote gedenkt er nicht, im Ruhestand Verwaltungsratsmandate einzunehmen, schon gar nicht im Rüstungssektor. Dagegen könnte er sich eine Tätigkeit im humanitären Bereich vorstellen. Sein Entscheid für die Instruktorlaufbahn erfolgte spät, nachdem eine Tbc-Erkrankung ihn zuvor ernsthaft gefährdet hatte. Die gewaltigen Veränderungen im Lauf seiner militärischen Tätigkeit bis zum heutigen Stand, da keine festen Feindbilder mehr angebracht sind, wusste er immer in seine militärische Lehrtätigkeit einzubeziehen. Heute ist kaum ein direkter Angriff zu erwarten, dafür bestehen neue Formen nationaler Gefährdung, auf die Häslers mit dem Modell «Armee 95» eine Antwort gesucht hat. Er unterstreicht aber, dass wir die generelle Verteidigungsfähigkeit noch nicht aufgeben dürfen: Dies erfordert auch die laufende Erneuerung des Geräts. Als Beispiel wurde die Flugzeugbeschaffung erwähnt, wo 130 völlig veraltete Maschinen durch 34 moderne ersetzt werden sollen. Geld werden aber auch die neugeplanten Mittel für den Katastropheneinsatz oder das Blauhelmbataillon erfordern. Den Einsatz eines solchen sähe Häslers allerdings nur im Sinne von *peace keeping*», nicht bei Aktionen des *peace enforcement*», welche für die UNO immer aktueller werden. Aus «WF» Nr 1-2 1993

STAATSBÜRGER IN UNIFORM

Der Begriff des Staatsbürgers in Uniform steht deshalb für das Leitbild, an dem sich militärische Führung, Ausbildung und Bildung zu orientieren haben:

- Es ist das Leitbild vom Bürger als freier Persönlichkeit.
- Es ist das Leitbild vom wehrhaften Demokraten als dem geborenen Verteidiger des Gemeinwesens, der als einsatzbereiter Soldat für den Schutz der Menschenrechte mitverantwortlich ist und weiss, dass Menschenwürde ohne Freiheit undenkbar ist und
- es ist das Leitbild vom politisch gebildeten, verantwortungsbewussten Staatsbürger, der auch als Soldat imstande ist, die politischen Ursachen, Bedingungen und möglichen Folgen seines Handelns zu begreifen.

Was bedeutet dies in der Praxis? «*Staatsbürger in Uniform*» heisst, dass alle Soldaten der Bundeswehr in das geschäftliche, öffentliche und politische Leben in der Bundesrepublik Deutschland einbezogen sind. Mit allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft, mit Vereinen und Organisationen werden umfangreiche und enge dienstliche oder persönliche Beziehungen gepflegt. Sie legen Zeugnis ab von der Integration der Bundeswehr in unsere Bevölkerung. Soldaten sind Mitglieder von Parteien, Gewerkschaften oder anderen Organisationen der Gesellschaft. Sie nehmen als Wehrpflichtige oder als Berufs- und Zeitsoldaten am Leben in ihrem Standort teil. Kurz: Sie nehmen die Rechte und Pflichten wahr, die jedem Bürger zustehen, aber auch aufgegeben sind.